

Kulturland oder urbaner Stadtteil

An einer öffentlichen Versammlung der Grünen Winterthur zeigte sich sehr deutlich, wie sich am Rand von Winterthur-Seen zwei Nutzungen konkurrenzieren: Die Landwirtschaftsfläche Gotzenwil ist eine der schönsten unverbauten Flächen des Kantons Zürich und könnte gleichzeitig ein neues urbanes Quartier werden.

Koni Loepfe

Silvia Zollinger vom überparteilichen Verein «Gotzenwil bleibt grün» unterstrich ihre Ausführungen zur Nichtüberbauung von Gotzenwil mit Bildern. Bilder, die schön sind und vor allem mit der Realität übereinstimmen. Nach dem grossen Schulhaus Oberseen läuft man (leider meist auf geteerten Strässchen) in einen leicht ansteigenden Hügel und ist in wenigen Minuten in einem Landwirtschaftsland, wie man es auf Sichtweite so unverbaut nicht nur im Kanton Zürich selten antrifft. Von den 200 Hektaren Land gehören 80 Prozent in die ersten drei Gütekategorien landwirtschaftlicher Fläche. Gutes Kulturland ist und wird im Kanton Zürich ein immer rareres Gut, und somit lag es auf der Hand, dass der Kanton Zürich bei seiner Suche nach Kulturland bei der Richtplanung in Gotzenwil fündig wurde. Und es liegt ebenso auf der Hand, dass die Grünen als Initianten der Kulturlandinitiative sich für die Erhaltung eines freien Gotzenwil einsetzen. Sie waren an der Versammlung nicht allein: Die SVP unter der Führung von Kantonsrat René Isler war auch recht zahlreich vertreten und engagiert sich im Verein «Gotzenwil bleibt grün» aktiv. Sie trug auch ihren Anteil an den bereits über 2000 Petitionsunterschriften bei.

Im Richtplan

Der Grüne Kantonsrat Martin Geilinger erläuterte das Funktionieren und den Stand der kantonalen Richtplanung. Damit erklärte er auch, warum derzeit über Gotzenwil überhaupt diskutiert wird. Nach einer Abstimmung vor elf Jahren, in der sich die WinterthurerInnen für ein Grünbleiben entschieden, blieb das Gebiet grösstenteils in der Reservezone. Konkrete Pläne für eine Überbauung bestanden nicht. Als der Kanton in seiner

Richtplanung das Gebiet als Landwirtschaftszone ausschied, wehrte sich der Winterthurer Stadtrat. Zunächst aus Gründen der Gemeindeautonomie: Die Stadt will selber bestimmen. Das kann sie nur, wenn das Gebiet in der Reservezone bleibt. Der kantonale Richtplan ist behördenverbindlich und würde eine Überbauung in den nächsten 25 Jahren verhindern. In Gesprächen einigten sich Stadt und Kanton auf ein paar Studien zum Gebiet. Stadträtin Pearl Pedergnana war an der Veranstaltung vom Dienstagabend insofern in einer unbequemen Situation, als sie aufgrund der Studien einen Kompromiss erarbeitet hatte, diesen aber nicht präsentieren konnte, da er erst am Mittwoch im Stadtrat behandelt wird. Aus ihren Ausführungen ging dreierlei hervor:

- Finanziell wäre eine Überbauung gut machbar. Es gäbe mehr Steuern als neue Infrastrukturkosten.
- Die Stadt wird dem Kanton eine kleinere Reservezone als heute vorschlagen, aber eine Zonierung verlangen, die eine Teilüberbauung des Gebiets nicht ausschliesst.
- Das Gebiet eignet sich nicht für grosse Blocks, aber die Stadt will auch keine neue Einfamiliensiedlung.

Wie und ob sich die Stadt- und Kantonsregierung finden, geht dann aus dem Richtplanantrag des Regierungsrates an den Kantonsrat hervor, der für den April vorgesehen ist. «Die Entscheidung fällt aber so oder so erst im Kantonsrat», führte Martin Geilinger aus. Er rechnet mit einem Jahr Beratungszeit in der zuständigen Kommission. Sollte sich der Kantonsrat zumindest für eine Teilreservezone entscheiden (derzeit stehen die Chancen unter 50 Prozent), so hätten die Stimmberechtigten von Winterthur bei einer Umzonung das letzte Wort.



Pearl Pedergnana betonte, dass für den Stadtrat ein möglicher Finanzgewinn nicht entscheidend für die Offenhaltung einer möglichen Überbauung gewesen sei. Die Verhinderung einer Zersiedelung des Mittellandes betrachte sie als wichtiger: «Nimmt man die Forderung nach Verdichtung des Wohnens ernst und will man dort bauen, wo die Infrastrukturen vorhanden sind, so ist die Überbauung von Gotzenwil sinnvoller als neue Siedlungen im Thurgau.»

Diese Sicht blieb selbstverständlich nicht unwidersprochen. Zunächst mangle es Winterthur mehr an Arbeitsplätzen denn an Wohnungen, dann gäbe es innerhalb der bestehenden Zonen noch grosse Reserven und vor allem seien die Industriebrachen noch längst nicht genutzt. Ganz abgesehen davon, dass mit neuen Wohnarten der Wohnraumverbrauch eingeschränkt werden könne. Die Stadträtin gab zu bedenken, dass gerade Ersatzneubauten oft grossen Widerstand hervorrufen und dass die Baureserven der Stadt vorwiegend aus untergenutztem Boden bestehen. «Man kann keinen Grundeigentümer zu einer höheren Ausnutzung zwingen.» Der Bedarf an mehr Wohnraum ist für sie gegeben. Sie betonte nochmals, dass die (Teil-)Überbauung von Gotzenwil eine Möglichkeit, aber noch längst kein konkretes Projekt sei. Die Skepsis der Anwesenden, dass aus einer Studie rasch ein konkretes Projekt werden kann, gründet auch auf Erfahrungen.